

Die Woche im Blick

CSU legt Mitte November eigenes Gesundheitskonzept vor: Seehofer für Ausgrenzung der Zahnheilkunde ohne Versicherungspflicht **2**

Bema-Umbewertung im Widerstreit der KZBV-VV: Weitere Chancen zur Privatabrechnung **3**

Protest gegen die Gewerbesteuerreform: Abschaffen statt ausweiten **3**

Zahnmedizin

Prof. Dr. U. Schiffner: „Wir brauchen leistungsstarke Forschungsstandorte“ **9**

In dieser Woche mit **DZW Spezial 10/03** »High Tech«

Antibiotika oder Instrumentierung: Lokales Antibiotikum ebenso geeignet **10**

Praxis aktuell

Elasto-Geräte in der Kieferorthopädie (1): Silikon für die kieferorthopädischen Feinarbeiten **12/13**

Chancen für „Zahnärzte als strategische Unternehmer“: Überregionale medizinische Kooperation mit Kassen-Sonderverträgen **18**

Leserforum **29**

Exklusiv bei **Gmds** www.mds-dental.de
Medical & Dental Service GmbH
 56203 Höhr-Grenzhausen
 Telefon: 0 26 24 - 94 99 - 0
 Fax: 0 26 24 - 94 99 29

ZS. A
46291x
ZB MED

Prof. Dr. Wilfried Wagner zum Fortbildungszwang für Ärzte und Zahnärzte (1):

„Fortbildungsmuffel haben am Markt der Zukunft sowieso keine Chance“

In einer Pressemitteilung der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) im Juli 2003 zu dem Gesundheitskonsens von Regierung und Opposition stellte BZÄK-Präsident Dr. Dr. Jürgen Weitkamp fest, dass die von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt angekündigte Zwangsbildung für Ärzte und Zahnärzte abgelehnt wird und die Pflicht zur Fortbildung einschließlich möglicher Sanktionen über die Kammern und das Heilberufsgesetz umfassend geregelt sei. Bei der vorgesehenen amtlichen Regelung handele es sich um eine überflüssige Gängelung.

Ausgehend von dieser Stellungnahme befragte DZW-Chefkorrespondent Dr. Karlheinz Kimmel den BZÄK-Präsidenten und den ehemaligen Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (DGZMK), Prof. Dr. Dr. Wilfried Wagner, die sich beide mit großem Engagement für eine gemeinsame Konzeption von Standespolitik und Wissenschaft einsetzen, über die Zukunft von Fortbildung und Qualitätssicherung in der Zahnheilkunde.

Fortbildung und Qualitätssicherung

Der Inhalt dieses ebenso aktuellen wie aufschlussreichen Interviews wurde anlässlich der 127. Jahrestagung der DGZMK vom 16. bis 18. Oktober 2003 in Aachen auf eindrucksvolle Weise bestätigt. DGZMK und BZÄK bekräftigten in

den Ansprüchen bei der Kongresseröffnung ihre Absicht, gemeinsam für das Realisieren ihrer Fortbildungskonzepte zu sorgen.

DZW: Es ist unbestritten, dass Fortbildung und Qualitätssicherung der zahnmedizinischen Versorgung auf breiter Basis optimiert werden müssen, um die Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität innerhalb dieses komplexen, medizinisch-technischen, sozioökonomischen Systems zu verbessern. Dabei sind auch jene zu aktivieren, die sich nicht aus eigenem Antrieb fortbilden, sondern meinen, mit ihrer abgeschlossenen Ausbildung das ihre getan zu haben und ihren Beruf optimal ausüben. Gehen Sie davon aus, dass dieser notwendige Paradigmawechsel durch Ihre Bemühungen herbeigeführt werden kann?

(Fortsetzung auf Seite 4)

Die letzte Hürde ist genommen

Der Bundesrat hat am Freitag vergangener Woche mit breiter Mehrheit der Gesundheitsreform (Gesundheitsmodernisierungsgesetz – GMG) zugestimmt. Das vom Bundestag bereits verabschiedete Gesetz sieht eine stärkere Beteiligung der Patienten an den Gesundheitskosten vor und wird zum 1. Januar 2004 in Kraft treten.

Für Arzt- und Zahnarztbesuche werden künftig zehn Euro pro Quartal fällig. Zusätzlich müssen die Bürger ab 2005 Sonderversicherungen für Zahnersatz abschließen. Dazu müssen bis Mitte 2004 „Regelversicherungen“ definiert werden, zu denen „befundbezogene Festzuschüsse“ geleistet werden. Für das Krankengeld müssen die Versicherten von 2006 an einen Sonderbeitrag von 0,5 Prozent ihres Bruttolohns entrichten. Bei Klinikaufenthalten sollen pro Tag zehn Euro berechnet werden für maximal 28 Tage im Jahr. Die Zuzahlungen sollen 2 Prozent des Bruttogehalts des Versicherten nicht überschreiten. Für Apotheken wird das Mehrbesitzverbot in begrenztem Umfang aufgehoben. Der Versandhandel für Medikamente wird im Grundsatz frei gegeben. Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) bekräftigte, die Reform werde den Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung deutlich senken.

Bema – „Ein grandioser Sieg, das Schlimmste ist verhindert worden“

Das Ergebnis ist wie immer – nur die Strategie, mit der man der Kollegenschaft die Ergebnisse zur Bema-Umstrukturierung verkaufen will, war auf der Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV-VV) am vergangenen Wochenende in Potsdam neu. Dass Anfang des nächsten Jahres mit dem Bema 2004 auf die Kollegenschaft nur wenige Neubelastungen zukommen sollen, zum Beispiel KfO-Abwertung, ZE-Abwertung oder Par-Abwertungen, wird einfach als Sieg der KZBV-Strategie gegenüber den Kassen verkauft.

Und im Sog dieses selbstbepreisparkanten Erfolgs gelingt es dem vom Freien Verband gestellten amtierenden KZBV-Vorsitzenden Dr. Jürgen Fedderwitz, Wiesbaden, mit seinem Freiverbands-Vorstand der KZBV, auch die Mehrheit in der Vertreterversammlung auf ein Umsetzen der Regelungen des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes (GMG) und ein Weitermachen in der KZBV und den Kassenzahnärztlichen Vereinigungen (KZVen) einzustimmen. Dies gegen den Willen der Freiverbandsführung, vertreten durch den Freiverbands-Vorsitzenden Dr. Wilfried Beckmann.

Weitermachen in den KZVen um jeden Preis

„Wir werden, wie schon bei der Bema-Neubewertung, das Beste daraus machen.“ Das war in Potsdam die Devise des KZBV-Vorstands zu den Forderungen aus dem Freien Verband und einzelnen Landes-KZVen, sich nicht mehr als hauptamtliche Vorstände und damit als „Büttel der Aufsicht der Kassen“ in den KZVen und der KZBV herzugeben und nicht an der Umsetzung von „verschärften Wirtschaftlichkeitsprüfungen, Abrechnungsüberprüfungen und anderen Belastungen durch das GMG mitzuwirken. Jeglicher Versuch des Freien Verbands, wirklichen Widerstand gegen das GMG von Seiten der KZBV und der KZVen organisieren zu wollen, scheiterte nicht nur an den oppositionellen Stimmen, zum Beispiel der Interessengemeinschaft Zahnärztlicher Verbände (IGZ), in der KZBV-Vertreterver-

sammlung (etwa 25 Prozent der Delegierten). Er scheiterte auch daran, dass die Freiverbands-Delegierten in der VW bei allen Anträgen, „wo es ans Eingemachte der KZV-Posten hätte gehen können“ (so ein bayerischer Delegierter), mehrheitlich der Freiverbandsführung die Stimmen versagten und die eigene Dreiviertel-Mehrheit verhandelten. Der KZBV-Vorstand, die IGZ-Vertreter als Freiverbands-Opposition, Delegierte aus den Ost-KZVen und Freiverbands-Dissidenten, die sich nicht an Beschlüsse der Freiverbands-Hauptversammlung eine Woche zuvor hielten, bildeten eine gemeinsame Fronde für ein „Weitermachen in den KZVen um jeden Preis“. So schien es den Delegierten sicher, dass die heutigen KZV-Führungsteams auch

trophy
KOSTENLOSE EXTRA
 Preis laut Hersteller: 450,- €
 Mehr Herbst-Kritiker: www.trophy-digital.de. Urheber: Pro Paket erhalten Sie 1 Kodak Digitalkamera kostenlos dazu.